

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhalt	XI
Abkürzungen	XXI
Einleitung: Ziel, Methoden und Gang der Untersuchung	1
§ 1 Entwicklung des Erfindungsschutzrechts im Sozialismus	7
A. Der rechtliche Rahmen des wirtschaftlichen Handelns im Sozialismus	7
B. Grundlagen und Bedeutung des sozialistischen Systems für die Förderung des Erfindungswesens	28
C. Sachliche Schutzworaussetzungen, Erfinder- und Patentinhaberrechte, Rechtsverkehr und Rechtsdurchsetzung	46
D. Verfahren zum Erwerb und zur Aufrechterhaltung des Schutzrechts ..	61
E. Zusammenfassung	73
§ 2 Entwicklung des allgemeinen rechtlichen Rahmens für die Rechtsstaatlichkeit und für den freien Wettbewerb seit 1990	79
A. Verfassung von 1992	79
B. Wirtschafts- und Rechtsreformen seit 1990	86
C. Verbindlichkeit der Rechtsnormen	91
D. Gerichtssystem, Rechtsanwaltschaft und Rechtswissenschaft	99
E. Verfassungsrechtliche Garantien der unternehmerischen Freiheit ..	109
F. Gesetzgeberische Garantien des freien Wettbewerbs	123
G. Zivil- und zivilprozeßrechtliche Garantien der Privatautonomie ..	141
§ 3 Grundlagen des modernen Patentrechts: Rechtsreformen, Rechtsquellen, Organisation und Kompetenzen im Patentwesen und tatsächliche Bedeutung des Patentrechts	149
A. Rechtsreformen im Patent- und Gebrauchsmusterrecht seit 1992	149
B. Beitritt zu den internationalen Patentrechtsabkommen	152
C. Rechtsquellen	152
D. Organisation und Kompetenzen	154
E. Patentrechtliche Theorien und tatsächliche Bedeutung des Patent- und Gebrauchsmusterrechts in der Mongolei	159
F. Zusammenfassung	163

Inhaltsübersicht

§ 4 Sachliche Schutzzvoraussetzungen für die Patent- und Gebrauchsmustererteilung	165
A. Sachliche Voraussetzungen für die Patenterteilung	166
B. Sachliche Voraussetzungen zur Gebrauchsmustererteilung	177
C. Bisherige Gerichtspraxis zur Patent- und Gebrauchsmustererteilung	178
D. Zusammenfassung	183
§ 5 Rechte an einer Erfindung und Rechtsverkehr	185
A. Erfinderprinzip und Erfinderrechte	186
B. Rechte aus dem Patent oder Gebrauchsmuster	201
C. Rechtsverkehr	206
D. Zusammenfassung	214
§ 6 Sanktionen bei Verletzung der Ausschließlichkeitsrechte an einer Erfindung	219
A. Zivilrechtliche Ansprüche	219
B. Sanktionen durch das Amt für geistiges Eigentum	230
C. Strafrechtliche Sanktionen	234
D. Zollgesetzliche Sanktionen	235
E. Zusammenfassung	235
§ 7 Verfahren zur Durchsetzung der Ausschließlichkeitsrechte an einer Erfindung	239
A. Zivilprozessuale Durchsetzung	239
B. Verfahren zum Einsatz von Staatsinspektoren des Amtes für geistiges Eigentum	250
C. Grenzmaßnahmen	258
D. Zusammenfassung	259
§ 8 Verfahren zum Erwerb und zur Aufrechterhaltung des Schutzrechts	263
A. Patentgesetz und internationale Abkommen der Mongolei	264
B. Erteilungsverfahren	271
C. Wegfall vom Amt für geistiges Eigentum erteilter Patente und eingetragener Gebrauchsmuster	311
D. Rechtsweg und Rechtsmittel gegen die Beschlüsse des Amtes für geistiges Eigentum	314
E. Zusammenfassung	319
Resümee	327
Literatur	343
Sachregister	363

Inhalt

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungen	XXI
Einleitung: Ziel, Methoden und Gang der Untersuchung	1
§ 1 Entwicklung des Erfindungsschutzrechts im Sozialismus	7
<i>A. Der rechtliche Rahmen des wirtschaftlichen Handelns im Sozialismus</i>	<i>7</i>
I. Verfassungen von 1924, 1940 und von 1960	7
II. Rechtsauffassung, Rechtsbindung und Gerichtswesen sowie Grundzüge der Zivilprozeßordnung	8
1. Rechtsauffassung im Sozialismus	8
2. Rechtsbindung	9
3. Gerichtswesen	10
4. Rechtswissenschaft	11
5. Rechtliche Streitschlichtung	11
6. Grundzüge der ZPO von 1967	12
III. Eigentums- und Wirtschaftsordnung	14
1. Allgemeine Beschränkungen des privaten Eigentums und der Privatwirtschaft	14
2. Staatseigentum und Staatswirtschaft	15
3. Organisation in der Staatswirtschaft	16
IV. Freiheit und Stellung der sozialistischen Betriebe im Planwirtschaftssystem	18
1. Sozialistische Betriebe im mongolischen Wirtschaftsverwaltungssystem	18
2. Betriebsziele: das System zur Anspornung der sozialistischen Betriebe	20
3. Allgemeine Verfügungsschranken	23
4. Vermögensrecht im ZGB von 1963	24
5. Wirtschaftsvertragsrecht: Horizontale Beziehungen zwischen den sozialistischen Betrieben	26
<i>B. Grundlagen und Bedeutung des sozialistischen Systems für die Förderung des Erfindungswesens</i>	<i>28</i>
I. Das sozialistische System zur Förderung des Erfindungswesens	28
1. Erfinderschein- und Patentsysteme	28
2. Entwicklung in der MVR im Überblick	30
3. Rechtsquellen	32

Inhalt

4. Organisation der Planwirtschaft im Erfindungs- und Rationalisierungswesen	33
II. Patentrechtliche Theorien und Interessen im Planwirtschaftssystem	36
1. Die Belohnungs- und Anspornungstheorien	36
2. Die Offenbarungs- und Vertragstheorien	37
3. Technischer Fortschritt	38
4. Informations-, Effizienz- und Motivationsprobleme der Planwirtschaft	39
III. Tatsächliche Bedeutung des Erfindungswesens im mongolischen Planwirtschaftssystem	40
1. Volkswirtschaftliche Lehre über den technischen Fortschritt im Planwirtschaftssystem	40
2. Industrielle Entwicklung in der MVR	42
3. Forschung und Entwicklung in der Mongolischen Volksrepublik	44
C. <i>Sachliche Schutzvoraussetzungen, Erfinder- und Patentinhaberrechte, Rechtsverkehr und Rechtsdurchsetzung</i>	46
I. Sachliche Voraussetzungen für die Erfinderschein- oder Patenterteilung	47
1. Erfindungsbegriff und Ausschluß von der Erfinderschein- oder Patenterteilung	47
2. Schutzfähigkeitskriterien für die Erfinderschein- oder Patenterteilung	47
a) Volkswirtschaftliche Anwendbarkeit	48
b) Neuheit	48
c) Volkswirtschaftliche Nützlichkeit	51
3. Besonderheiten bei Rationalisierungsvorschlägen	52
II. Erfinder- und Patentinhaberrechte	53
1. Erfinder- und Rationalisiererrechte	53
a) Erfinderprinzip	53
b) Das Recht auf die Anerkennung der Urheberschaft	54
c) Das Recht auf einen Erfinderschein oder auf ein Patent	55
d) Mitwirkungsrecht an der Produktionseinführung	56
2. Rechte an einem Erfinder- oder Rationalisiererschein	56
3. Rechte an einem Patent	58
III. Sanktionen für den Rechtsverstoß und die Rechtsdurchsetzung	59
1. Strafrecht	59
2. Zivilrecht	60
3. Zivilprozeßrechtliche Besonderheiten	60
4. Rechtsverkehr	60
D. <i>Verfahren zum Erwerb und zur Aufrechterhaltung des Schutzrechts</i>	61
I. Erfinderschein- bzw. Patenterteilungsverfahren	62
1. Interessenlage	62
2. Anmelder, Ingenieur für das Erfindungswesen und Patentanwalt	63
3. Anmeldungsunterlagen bei Erfinderschein- und Patentanmeldungen	64
a) Antrag	64
b) Beschreibung	64

c) Erfindungs- bzw. Patentansprüche	65
d) Einheitlichkeit des Anmeldungsgegenstandes	66
4. Eingang der Anmeldung und Zuerkennung des Anmeldetages	66
5. Recherche und Prüfung	67
6. Änderung und Teilung der Anmeldung	68
7. Verfall, Zurücknahme und Zurückweisung der Anmeldung	68
8. Rechtsfolgen nach dem Erlass des Prüfungsbeschlusses	70
9. Besonderheiten des Erteilungsverfahrens bezüglich Rationalisierungsvorschlägen	71
II. Wegfall des Erfinderschein- und Patentschutzes	72
III. Rechtsweg gegen die Beschlüsse der Erteilungsbehörde	73
E. Zusammenfassung	73
§ 2 Entwicklung des allgemeinen rechtlichen Rahmens für die Rechtsstaatlichkeit und für den freien Wettbewerb seit 1990	79
A. Verfassung von 1992	79
I. Allgemeines	79
II. Verfassungsdebatte für das freie Unternehmertum	81
III. Verfassungsgarantien der Eigentums- und Wettbewerbsfreiheit	83
IV. Verfassungsbindung des Gesetzgebers bei der Bestimmung der Wirtschaftspolitik	83
V. Gesetzesbindung der Verwaltung	84
VI. Verfassungsgerichtsbarkeit	84
VII. Unabhängige Gerichtsbarkeit	85
B. Wirtschafts- und Rechtsreformen seit 1990	86
I. Privatisierung und Liberalisierung	86
II. Rechts- und Justizreformen	86
III. Künftige Herausforderungen	88
C. Verbindlichkeit der Rechtsnormen	91
I. Rechtquellen des mongolischen Rechts	91
II. Bindung an die Verfassung	91
III. Bindung an das internationale Vertragsrecht	94
IV. Gesetzesbindung der Verwaltung	95
1. Stand der Entwicklung	95
2. Diskussionsstand in der Mongolei	96
V. Zusammenfassung	98
D. Gerichtssystem, Rechtsanwaltschaft und Rechtswissenschaft	99
I. Aufbau des Gerichtssystems	99
II. Unabhängigkeit der Gerichte und der Richter	100
1. Rolle des Obersten Gerichtshofs und der Hauptstadt- bzw. Aimagsgerichte	101
2. Rolle der Staatsanwaltschaft und Bürgervertreter in einem Zivilprozess	102
3. Organe für die Unabhängigkeit der Gerichte	102
4. Finanzierung und Ausstattung der Gerichte	103

Inhalt

5. Unabhängigkeit der Richter	104
6. Qualität der gerichtlichen Streitschlichtung	106
III. Rechtsanwaltschaft	106
IV. Rechtswissenschaft	107
V. Zusammenfassung	107
<i>E. Verfassungsrechtliche Garantien der unternehmerischen Freiheit</i>	109
I. Verfassungsbestimmungen zur unternehmerischen Freiheit	110
1. Art. 1 und 5 der Verfassung von 1992	110
2. Art. 16, Art. 17 Abs. 1 und Art. 19 der Verfassung von 1992	112
II. Verfassungsschutz der Eigentumsfreiheit	113
1. Bisherige Entscheidungen des »Tsets der Verfassung«	114
2. Das mongolische Schrifttum	115
3. Schlussfolgerung: Stand der bisherigen Entwicklung	115
III. Verfassungsschutz der Vertrags- und Wettbewerbsfreiheit	116
1. Entscheidungen des Tsets der Verfassung	117
2. Das mongolische Schrifttum	117
3. Schlussfolgerung: Stand der bisherigen Entwicklung	118
IV. Tatsächliche Bedeutung des »Tsets der Verfassung« beim verfassungsrechtlichen Schutz der unternehmerischen Freiheit	119
V. Zusammenfassung	121
<i>F. Gesetzgeberische Garantien des freien Wettbewerbs</i>	123
I. Verbote gegen Wettbewerbsbeschränkungen	124
1. Verbote gegen Wettbewerbsbeschränkungen durch private Unternehmen	124
a) Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung	125
b) Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen	126
c) Zusammenschlusskontrolle	128
d) Zivilrechtliche Folgen bei verbotenen Rechtsgeschäften	128
2. Verbote gegen Wettbewerbsbeschränkungen durch die öffentliche Verwaltung	130
II. Sanktionen für Verstöße gegen wettbewerbsgesetzliche Verbote	131
1. Bußgeldanordnung	131
2. Beschagnahme	132
3. Erlass von Sanktionen	132
III. Verfahren vor der Wettbewerbsbehörde	133
IV. Die bisherige Praxis der Durchsetzung des Rechts gegen Wettbewerbsbeschränkungen	134
V. Zusammenfassung	138
<i>G. Zivil- und zivilprozessrechtliche Garantien der Privatautonomie</i>	141
I. Zivilgesetzbuch von 2002	142
1. Privatautonomie und Vertragsfreiheit	143
2. Vermögensrecht	143
a) Gesetzestext des Zivilgesetzbuches	143
b) Zivilrechtslehre	145
II. Dispositions- und Verhandlungsmaximen nach der Zivilprozess- ordnung von 2002	146
III. Zusammenfassung	147

§ 3 Grundlagen des modernen Patentrechts: Rechtsreformen, Rechtsquellen, Organisation und Kompetenzen im Patentwesen und tatsächliche Bedeutung des Patentrechts	149
A. Rechtsreformen im Patent- und Gebrauchsmusterrecht seit 1992	149
I. Das Patentgesetz von 1993	149
II. Reformen anlässlich des WTO-Beitritts	150
III. Reformen anlässlich der Novellierungen der Zivil- und Strafgesetze gebungen	150
IV. Bilanz der bisherigen Reformen	151
B. Beitritt zu den internationalen Patentrechtsabkommen	152
C. Rechtsquellen	152
D. Organisation und Kompetenzen	154
I. Das Amt für geistiges Eigentum	154
1. Kompetenzen	154
2. Abteilungen und Prüfer des Amtes für geistiges Eigentum	154
3. Leiter des Amtes für geistiges Eigentum	155
4. Individualbeschwerderecht	155
5. Amtshaftung	156
II. Patentanwaltschaft	157
III. Gerichtswesen	158
E. Patentrechtliche Theorien und tatsächliche Bedeutung des Patent- und Gebrauchsmusterrechts in der Mongolei	159
I. Die Belohnungs- und Anspornungstheorien	159
II. Die Offenbarungs- und Vertragstheorien	160
III. Technischer Fortschritt	161
IV. Ausländische Investitionen und Technologietransfer	161
V. Öffentliche Akzeptanz des Patentrechts	162
E. Zusammenfassung	163
§ 4 Sachliche Schutzvoraussetzungen für die Patent- und Gebrauchsmustererteilung	165
A. Sachliche Voraussetzungen für die Patenterteilung	166
I. Erfindungsbegriff	167
1. Lehrmeinung	168
2. Praxis vor dem Amt für geistiges Eigentum	170
II. Neuheitskriterium	171
1. Art. 4.2, 4.5 und 4.8 MPatG	171
2. Praxis vor dem Amt für geistiges Eigentum	172
III. Erfinderische Tätigkeit	173
1. Art. 4.3 MPatG	173
2. Lehrmeinung	173
3. Praxis vor dem Amt für geistiges Eigentum	173
4. Anmerkung zur Lehre und Praxis	175
IV. Gewerbliche Anwendbarkeit	176

Inhalt

V.	Ausnahmen von der Patentierbarkeit	177
B.	Sachliche Voraussetzungen zur Gebrauchsmustererteilung	177
C.	Bisherige Gerichtspraxis zur Patent- und Gebrauchsmustererteilung	178
I.	Gebrauchsmusterschutz für Schraubverschlüsse und Flaschenaufkleber	179
II.	Gebrauchmusterschutz für Berechnungsmodelle	180
D.	Zusammenfassung	183
§ 5 Rechte an einer Erfindung und Rechtsverkehr		185
A.	Erfinderprinzip und Erfinderrechte	186
I.	Katalog der Erfinderrechte in Art. 16. 1 MPatG	187
1.	Das Recht auf das Patent bzw. Gebrauchsmuster	188
2.	Das Recht auf Erfindungsbezeichnung und auf Erfinderkontrolle ..	188
3.	Das Recht auf Wertbestimmung	190
4.	Das Recht auf Erfindervergütung	191
II.	Lehrmeinung über Erfinderrechte in mongolischsprachigen Schriften ..	192
III.	Erfinderprinzip und Erfinderrechte im Anmeldungsverfahren ..	193
IV.	Sonderbestimmungen bei Arbeits- und Diensterfindungen ..	194
V.	Gemeinschaftliche Rechte an Erfindungen	195
1.	Zivilgesetzliche Regelungen über gemeinschaftliche Rechte	196
2.	Verhältnis des Patentgesetzes zum Zivilgesetzbuch	198
VI.	Durchsetzung der Erfinderrechte	199
B.	Rechte aus dem Patent oder Gebrauchsmuster	201
I.	Schutzbereich eines Patents oder Gebrauchsmusters	201
II.	Ausschließliche Benutzungsrechte	202
III.	Erlaubnis- und vergütungsfreie Benutzungen	204
IV.	Erklärung zur Lizenzbereitschaft	204
V.	Zwangslizenzen	205
VI.	Geltungsdauer des Patent- und Gebrauchsmusterschutzes	206
C.	Rechtsverkehr	206
I.	Änderung der Inhaberschaft eines Patents bzw. eines Gebrauchs- musters	206
II.	Lizenzerträge	209
III.	Anwendung des allgemeinen Zivilrechts	210
IV.	Finanzerklärungs- und Gewinnangabepflicht von juristischen Personen	211
V.	Staatlicher Eingriff in den Privatrechtsverkehr durch Art. 21.2 MPatG? ..	212
D.	Zusammenfassung	214
§ 6 Sanktionen bei Verletzung der Ausschließlichkeitsrechte an einer Erfindung		219
A.	Zivilrechtliche Ansprüche	219
I.	Beseitigungs- und Unterlassungsansprüche	221

II.	Schadensersatzanspruch	223
III.	Schadensberechnung	224
1.	Schadensberechnung nach der sozialistischen Zivilrechtslehre	225
2.	Schadensberechnung nach der modernen Zivilrechtslehre	225
3.	Bemerkung	227
IV.	Auskunftsanspruch	228
V.	Zivilgesetzbuch und TRIPS-Mindeststandards	229
B.	<i>Sanktionen durch das Amt für geistiges Eigentum</i>	230
I.	Sanktionen nach Art. 29.1.1 und 29.1.3 MPatG	230
II.	Patentgesetz und TRIPS-Übereinkommen	233
C.	<i>Strafrechtliche Sanktionen</i>	234
D.	<i>Zollgesetzliche Sanktionen</i>	235
E.	<i>Zusammenfassung</i>	235
§ 7	Verfahren zur Durchsetzung der Ausschließlichkeitsrechte an einer Erfindung	239
A.	<i>Zivilprozessuale Durchsetzung</i>	239
I.	Grundsätze der gerichtlichen Streitschlichtung im Zivilverfahren	239
II.	Anspruch auf rechtliches Gehör	241
III.	Anforderung an das persönliche Erscheinen der Parteien	241
IV.	Schutz von vertraulichen Informationen	242
V.	Beweismittelregeln	242
VI.	Sachverständigen	243
VII.	Verfahren in der ersten Instanz	243
1.	Einstweilige Unterlassungsverfügung und Beweissicherung	244
2.	Klagezustellung	247
3.	Mündliche Verhandlung	247
VIII.	Rechtsmittel	248
IX.	Zwangsvollstreckung	249
B.	<i>Verfahren zum Einsatz von Staatsinspekteuren des Amtes für geistiges Eigentum</i>	250
I.	Praxis des Amtes für geistiges Eigentum	251
II.	Verfahrenszüge	253
III.	Beweisregeln, Rechtsschutz und Rechtsweg	255
IV.	Notwendigkeit einer Reform	257
C.	<i>Grenzmaßnahmen</i>	258
D.	<i>Zusammenfassung</i>	259
§ 8	Verfahren zum Erwerb und zur Aufrechterhaltung des Schutzrechts	263
A.	<i>Patentgesetz und internationale Abkommen der Mongolei</i>	264
I.	PVÜ	264
II.	TRIPS-Übereinkommen	265

Inhalt

III.	Internationale Anmeldung nach PCT	266
1.	Internationale Phase	267
a)	Verfahren vor dem zuständigen Anmeldeamt	268
b)	Internationale Recherche	269
c)	Internationale Veröffentlichung und Übermittlung der Anmeldung und der dazugehörigen Berichte	269
d)	Internationale vorläufige Prüfung	270
2.	Verfahren in der nationalen Phase	270
IV.	Straßburger Abkommen über die internationale Patentklassifikation	271
B.	<i>Erteilungsverfahren</i>	271
I.	Anmelder und Vertretung durch einen Patentanwalt	272
II.	Anmeldungsunterlagen	274
1.	Antrag auf Schutzrechtserteilung	274
2.	Beschreibung	275
a)	Patentgesetzliche Vorschriften	275
b)	TRIPS-Übereinkommen und das Patentgesetz	276
c)	PCT und das Patentgesetz	277
3.	Patent- oder Gebrauchsmusteransprüche	277
4.	Zusammenfassung	278
5.	Weitere Nachweise	279
6.	Einheitlichkeit des Anmeldungsgegenstandes	280
7.	Inanspruchnahme von Prioritäten	281
III.	Eingang der Anmeldung und Zuerkennung des Anmeldedatums	282
1.	Eingangsbestätigung	282
2.	Zuerkennung des nationalen Anmeldedatums nach dem Patentgesetz	282
a)	Vollständigkeit	282
b)	Ordnungsmäßigkeit	283
c)	Rechtsfolgen der Prüfung für die Zuerkennung des Anmeldedatums	283
3.	Zuerkennung des internationalen Anmeldedatums nach dem PCT	285
4.	Das mongolische Patentgesetz aus Sicht der internationalen Standards nach dem PCT	286
IV.	Prüfungsverfahren	286
1.	Prüfung der internationalen Anmeldungen nach dem PCT	287
a)	Prüfung bestimmter Mängel der internationalen Anmeldung durch das Anmeldeamt	287
b)	Verfahren vor der internationalen Recherchenbehörde	289
c)	Verfahren vor der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde	291
d)	Verfahren vor dem Bestimmungs- oder ausgewählten Amt in der nationalen Phase	294
2.	Prüfungsverfahren nach dem mongolischen Patentgesetz	298
a)	Prüfung der formellen Anforderungen als Vorbereitung für die Recherche	298
b)	Offensichtliche Mängel der sachlichen Schutzworaussetzungen	299
c)	Recherche	300

Inhalt

d) Vollständige Prüfung der formellen und sachlichen Schutzvoraussetzungen	300
e) Änderung, Teilung und Umwandlung der Anmeldung im Prüfungsverfahren	302
f) Verfall, Zurücknahme und Zurückweisung der Anmeldung	303
3. Prüfungsverfahren nach dem mongolischen Patentgesetz aus Sicht des PCT	304
V. Rechtsfolgen nach Erlass des Beschlusses über die Schutzrechteilung	305
1. Einspruch	306
a) Einspruchsgründe	306
b) Akteneinsicht durch Dritte	307
c) Verfahren	307
2. Beschwerde gegen die Schutzverweigerung (Widerspruchsverfahren)	308
3. Mongolisches Patentgesetz und TRIPS-Übereinkommen	309
C. Wegfall vom Amt für geistiges Eigentum erteilter Patente und eingetragener Gebrauchsmuster	311
I. Verzicht und Nichtbezahlung von Aufrechterhaltung Gebühren	311
II. Nichtigkeitsverfahren	312
III. Beschränkung eines Patents auf Antrag des Patentinhabers	313
IV. Das mongolische Patentgesetz und das TRIPS-Übereinkommen	314
D. Rechtsweg und Rechtsmittel gegen die Beschlüsse des Amtes für geistiges Eigentum	314
I. Zuständige Gerichtsbarkeit	314
II. Verfahrensgrundsätze vor der Verwaltungsgerichtsbarkeit	315
III. Klagegegenstand	316
IV. Verwaltungsgerichtskontrolle im Patent- und Gebrauchsmusterrecht	316
V. Verwaltungsvorverfahren	317
VI. Instanzzüge	318
VII. Vollstreckung	318
E. Zusammenfassung	319
Resümee	327
Literatur	343
Sachregister	363